



KULTURLANDSCHAFT

# PINNEBERGER Baumschulland

Eine Zeitreise – von den Anfängen bis zur Gegenwart

Autoren  
Joachim Malecki  
Heike Meyer-Schoppa



## Die Autoren:

**Dipl.-Ing. Joachim Malecki**, geb. 1945

- Ausbildung zum Landschaftsgärtner
- Studium der Landschaftsplanung, FH Osnabrück
- Studium der Landespflge, Leibniz Universität Hannover
- Erster Baudirektor in der Freien und Hansestadt Hamburg
- Gastprofessur Technische Universität Wien
- Autor „Geschichte des Pinneberger Rosengartens“

**Dr. phil. Heike Meyer-Schoppa**, geb. 1962

- Ausbildung zur Präparatorin
- Studium der Philosophie und Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen
- Promotion in Geschichte, Fernuniversität Hagen
- Bearbeitung von Projekten, Publikationen und Ausstellungen
- Museumsleitung „Deutsches Baumschulmuseum“

## Impressum

Das Buch erscheint im Verlagsbereich Regionalmedien.

Alle Rechte bei Kommunikation & Wirtschaft GmbH, Oldenburg (Oldb)

**Herausgegeben** in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Kulturlandschaft Pinneberger Baumschulland e. V.

**Redaktion:** Dr. Frank Schoppa (Vorsitzender)

Printed in Germany 2018

Das Manuskript ist Eigentum des Verlages. Alle Rechte vorbehalten. Auswahl und Zusammenstellung urheberrechtlich geschützt. Dem Buch liegen neben den illustrierten Autorentexten Bilder und PR-Texte der Firmen, Verwaltungen und Verbände zugrunde, die mit ihrer finanziellen Beteiligung das Erscheinen des Bandes ermöglicht haben. Sie sind im Anhang aufgeführt. Für die Richtigkeit der im Inhaltsverzeichnis aufgeführten Autorenbeiträge und der PR-Seiten übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung.

**Bildbearbeitung:**

Kommunikation & Wirtschaft GmbH, Oldenburg (Oldb)

**Druck:** Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen

**Bildnachweis:** Seite 134–136

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-88363-390-9



# Zwangsarbeit und Flüchtlinge

## Kriegsbeginn und Verschleppung

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wandelten sich die Wirtschaftsstrukturen im gesamten Deutschen Reich. Mehr als 20 Millionen Menschen wurden während des Krieges zur Zwangsarbeit in den Wirtschaftsbetrieben des Deutschen Reiches oder in den besetzten Ländern gezwungen. Ohne sie wäre die Volkswirtschaft zusammengebrochen, ohne sie hätte der Krieg nicht geführt werden können.

Im Generalgouvernement Polen riefen die dortigen, gleich nach Kriegsbeginn eingerichteten Arbeitsämter alle männlichen und weiblichen arbeitsfähigen Menschen dazu auf, sich „freiwillig“ zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich zu melden. Die Zahl der „Freiwilligen“ entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Bedarf. Das führte zu willkürlichen Razzien. In den polnischen Städten und Dörfern, vor Kinos, Schulen und Kirchen wurden wahllos Menschen zusammengetrieben und in Nacht- und Nebelaktionen zwangsweise in Güterwagen oder auch zu Fuß nach Deutschland verschleppt – unter unmenschlichen Bedingungen, mit für sie unbekanntem Ziel. Die Ideologie des Dritten Reiches beinhaltete das Primat der „Deutschen Herrenrasse“. Danach galten die slawischen Völker als „Untermenschen“, die unterdrückt und ausgebeutet werden

durften. Deren Territorium sollte künftig der „Ernährung des Deutschen Volkes“ dienen. Durch gezielte Propaganda wurde die „bolschewistische Gefahr aus der Sowjetunion“ heraufbeschworen.

Unter dieser Geisteshaltung im Nationalsozialismus kamen ab 1939 auch die ersten Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in das Pinneberger Baumschulland. Viele Baumschulbesitzer und ihr Stammpersonal waren zum Militär eingezogen worden. Auch die bisherigen Saisonarbeiter mussten in den Krieg. Doch damit nicht genug: Selbst die Saisonarbeiterinnen wurden zum „Arbeitsdienst“ eingezogen. Die Baumschulen wurden nicht als „kriegswichtige Betriebe“ eingestuft. Da der Fortgang der Produktion aber für volkswirtschaftswichtig gehalten wurde, war Zwangsarbeit die Folge. Die Zuteilung der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter auf die einzelnen Baumschulbetriebe übernahmen die örtliche NSDAP und die Arbeitsämter. Sie waren ebenso für die Organisation der Unterbringung und Verpflegung zuständig. Es gibt keine abschließend verlässlichen Statistiken darüber, wie viele Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in den Baumschulen des Pinneberger Baumschullandes gearbeitet haben. Aus den für Pinneberg, Elmshorn und Halstenbek vorliegenden „Lagerlisten“ kann aber hochgerechnet werden, dass es ca. 2000



Abschrift.

Der Landrat.

Pinneberg, den 28. November 1942  
- L.I. 551 -.

An

- a) die Ortspolizeibehörden
- b) die Gend.Abt.Pinneberg und Elmshorn.
- c) L.IV (Ausländeramt)
- d) die N.S.D.A.P. - Kreisleitung Pinneberg.

Abschrift.

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
K i e l

Kiel, den 19. Oktober 1942.

Tgb.Nr. II B 3 - 6322/42

Rundschreiben Nr. 26/42.

An

die Herren Landräte des Bezirks pp.

Betr.: Einsatz der Partei bei Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte  
zur Abwehr volkspolitischer Gefahren.

Vorgang: Ohne.

Auf die schwerwiegenden volkspolitischen Gefahren, die aus dem kriegsbedingten Einsatz von Millionen fremdvölkischer Arbeitskräfte erwachsen, ist wiederholt hingewiesen, zu ihrer Bekämpfung Anweisung gegeben und bei Arbeitskräften aus dem Osten und dem Protektorat, der Gefährdung des rassistischen Bestandes des deutschen Volkes durch ein Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen diesen Arbeitskräften und deutschen Volksgenossen entgegen gewirkt worden. Die Staatspolizei-leit-stellen und die diesen hierfür zur Verfügung stehenden weiteren Polizeidienststellen waren laufend bemüht, entsprechend den ergangenen Anordnungen Schädigungen des deutschen Volkstums zu verhüten und Verbotsübertretungen zu ahnden.

Infolge der räumlichen und sachlichen Ausweitung des polizeilichen Aufgabengebietes ist es notwendig, um die Beobachtung dieser Gefahren auf breiter Basis zu gewährleisten, hierfür auch außerhalb der Polizei stehende Kräfte heranzuziehen. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat daher mit dem Leiter der Parteikanzlei die Vereinbarung getroffen, daß die Partei der Polizei Kräfte zur Verfügung stellt, die - ohne Hilfspolizeibeamte zu sein, unter polizeilicher Leitung an der Beseitigung der Gefahren - vornehmlich durch Beobachtung - mitwirken.

Die von den Kreisleitern hierfür ausgesuchten Parteigenossen werden über die geltenden Bestimmungen und den Einsatz der Fremdvölkischen in ihrem Bereich sowie über die Erfordernisse ihres Auftretens durch Beauftragte der Staatspolizeistellen unterrichtet.

Die Parteigenossen arbeiten unmittelbar mit der örtlichen Polizeidienststelle zusammen. Diese bestimmt den Einsatzbeginn und lenkt den Einsatz der Parteigenossen im Einzelnen nach den Weisungen der Staatspolizeistellen. Welche Dienststelle der Polizei als örtliche Polizeidienststelle, mit der die Parteigenossen unmittelbar zusammenzuarbeiten haben, infrage kommt, hat sich nach den örtlichen Verhältnissen zu richten. Z.B. werden die Parteigenossen auf dem Lande mit den Gendarmeriebeamten, in Städten mit der Ortspolizeibehörde, der Außendienststelle der Geheimen Staatspolizei oder Staatspolizeistelle Kiel selbst zusammenarbeiten können.

Die Parteigenossen üben ihre Überwachungstätigkeit in der Form aus, daß sie dem Verhalten der Fremdvölkischen und der deutschen Volksgenossen zu diesen in besonderes Augenmerk schenken, soweit sich ihnen persönlich oder beruflich eine Beobachtungsgelegenheit bietet. Daneben können sie mit

Ein Rundschreiben  
„zur Abwehr der  
schwerwiegenden  
volkspolitischen  
Gefahren, die aus  
dem kriegsbedingten  
Einsatz von Millionen  
fremdvölkischer  
Arbeitskräfte  
erwachsen“.

Personen gewesen sein müssen, von denen die meisten aus Polen, Russland und der Ukraine kamen. Diese Zahl wird durch Belege der britischen Militärregierung über die Rückführung sogenannter „displaced persons“ ab 1945 bestätigt.

### Lebensbedingungen und Kontakte zur deutschen Bevölkerung

Kleinere Baumschulbetriebe brachten die ihnen zugewiesenen Zwangsarbeitskräfte in ihren eigenen Arbeiterunterkünften unter und verköstigten sie.





Auf dem Rellinger Friedhof erinnern diese Grabplatten an polnische Zwangsarbeiter.

Es gab jedoch auch Lager, aus denen Arbeitskräfte angefordert werden konnten. Die großen Forstbaumschulen brachten sie in den nun leerstehenden „Kasernen“ unter.

Den Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern war jeglicher privater und öffentlicher Kontakt zur deutschen Bevölkerung strengstens untersagt. Während der seltenen Ausgangsmöglichkeiten hatten die polnischen Zwangsarbeiter auf ihrer Kleidung sichtbar ein großes „P“ zu tragen, die Russen und Ukrainer ein „Ost“ für Ostarbeiter. Ausgang aus den Lagern und Unterkünften musste über den Arbeitgeber bei der Ortspolizei beantragt werden. Wer ohne Erlaubnisschein in der Öffentlichkeit erwischt wurde, musste mit drakonischer Bestrafung rechnen. Anspruch auf Urlaub gab es nicht. Heimreisen etwa aus familiären Gründen waren nicht vorgesehen und wurden so gut wie nie genehmigt.

Über Kontakte zur einheimischen Bevölkerung liegen zahlreiche Zeitzeugen-

berichte, insbesondere aus den Forschungen der Geschichtswerkstätten vor. Übereinstimmend wird berichtet, dass der Umgang in den kleinen Betrieben menschlicher gewesen sei als in den Großbetrieben. Der ständige persönliche Kontakt während der Arbeit und die Unterbringung innerhalb des Betriebes sorgten oft auch für soziale Nähe. Der 1939 zur Wehrmacht eingezogene Sohn eines kleinen Baumschulbetriebes berichtete, dass er sich im Heimaturlaub mit der jungen polnischen Zwangsarbeiterin, die dem Elternbetrieb zugewiesen worden war, anfreundete. An einem Sonntag machten die beiden einen Fahrradausflug nach Wedel: „Wenn wir erwischt worden wären, nicht auszu-denken. D. hatte keinen Erlaubnisschein, und ich wäre sofort an die Front versetzt worden.“

Die Lebensbedingungen in großen Betrieben und Lagern waren oftmals härter. Die Entlohnung war auf niedrigstem Niveau. 3,50 Reichsmark wurden pro Tag





Diese Steine erinnern an russische Kriegsgefangene, die erst nach Kriegsende Einzelgrabstätten bekamen.

gezahlt, davon mussten die Arbeitskleidung bezahlt und 1,50 Reichsmark für die Verköstigung abgeführt werden. Dabei waren die Mahlzeiten in den Lagern erbärmlich. Es gab selten Fleisch oder kalorienstarke Kost. Kartoffeln und Kohlrüben dominierten, während die Menschen sechs Tage in der Woche jeweils elf Stunden am Tag schwere Arbeit leisten mussten. Die Geschichtswerkstatt Elmshorn berichtet von mutigen Zwangsarbeiterinnen, die sich bei „ihrer“ Lagerleitung über die schlechte Ernährungssituation beschwerten. Jedoch erfolglos.

### **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

Die wenigen vom Kriegsdienst verschonten Baumschulbesitzer und ihre Frauen, Vize und Gärtner wiesen die Zwangsarbeiter in ihre neue Arbeit ein. Das alles musste schnell gehen, so wie damals bei den Saisonarbeitern. Auch hier darf die Fantasie bemüht werden, wie den fremdsprachigen, oft als „Untermenschen“ angesehenen Männern und Frauen, die

verschleppt und zur Arbeit gezwungen worden waren, das Saatreihenziehen, Aussäen und Verschulen vermittelt wurde. Mit Händen, Füßen und Gestik? Trotz aller Gefahr kam es immer wieder vor, dass insbesondere junge Zwangsarbeiter zu flüchten versuchten. So ist in den Akten des Elmschorner Stadtarchivs der Fall eines 15-jährigen „Polenjungen“ belegt, der ohne Papiere aus einem Baumschulbetrieb flüchtete. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Manche Geschichten lassen einen nicht mehr los: In der Liether Grube bei Elmshorn ertränkte sich eine Frau mit ihrem Kind. Sie wollte ihren Säugling nicht auf der Säuglingsstation des Lagers zurücklassen. Wurden Schwangerschaften durch Lageraufsichtspersonal „rechtzeitig“ erkannt, wurde zur Abtreibung „genötigt“. Die meisten Frauen lehnten Abtreibung jedoch ab und kamen zur Entbindung in die separierten Entbindungsstationen der Krankenhäuser. Die Säuglingssterblichkeit unter den Kindern der polnischen





Stanislaw Raczinski leistete Zwangsarbeit in der Baumschule von Rudolf Schmidt. Wie auch die Chronik der Gemeinde Rellingen berichtet, hat er die Familie Schmidt nach Kriegsende mehrfach besucht.

Frauen war, das zeigen die Akten des Standesamtes, außergewöhnlich hoch. Als Beispiel kann ein Lager in Elmshorn genannt werden, in dem polnische Frauen 1944 mit ihren Säuglingen einquartiert wurden. Innerhalb von sechs Monaten starben zwölf polnische Kleinstkinder, noch bevor sie das erste Lebensjahr vollendet hatten. Als Todesursache wurden Lebensschwäche, Ernährungsstörungen oder Lungenentzündung angegeben.

Auch viele erwachsene Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter starben an Schwäche, Unterernährung und dadurch ausgelöste, unbehandelte Krankheiten. In den Archiven sind fast alle Todesfälle belegt. Bestattungen erfolgten auf gesonderten Teilen der Gemeindefriedhöfe ohne kirchlichen Segen. Was das für gläubige Katholiken bedeutet hat, ist kaum zu erfassen. In den Nürnberger Prozessen wurden die Hauptschuldigen NS-Politiker für das „Sklavenarbeiterprogramm“ aufgrund der Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

## Willkür und Schuld

Wie sind die einheimischen Menschen nach dem Krieg mit dieser Schuld umgegangen? Die Autoren haben Zeitzeugen, die damals Kinder waren, interviewt. Auch weitere Zeitzeugen, die von den örtlichen Geschichtswerkstätten befragt wurden, beschrieben immer das gleiche Bild: Man betonte, sich des Ausmaßes an Schuld nicht bewusst gewesen zu sein. Sicher mag es, und auch das haben Zeitzeugen erzählt, gute Verhältnisse zwischen einzelnen Familien und Zwangsarbeitern gegeben haben. Es wird sogar von gegenseitigen Besuchen nach dem Krieg berichtet. Doch gibt es hierfür nur wenig belastbare Belege. Auffällig ist, dass einheimische Zeitzeugen viel Positives und kaum Negatives berichten, dagegen diejenigen Zeitzeugen, die Zwangsarbeit verrichten mussten, traumatische Erfahrungen schildern und nur in wenigen Fällen Positives zu berichten haben.

Auffällig ist auch, dass die Einheimischen immer wieder darauf hinweisen, dass es den Zwangsarbeitern in den kleinen und mittleren Baumschulbetrieben besser gegangen sei als in den großen Betrieben. Es mag individuelle Unterschiede gegeben haben, welchen Erfahrungen die Zwangsarbeiter ausgesetzt waren. Entscheidend aber ist, dass sie verschleppt worden waren, dass sie keinerlei Rechte hatten, dass sie auf Gedeih und Verderb der Willkür „ihrer Herren“ ausgesetzt waren.

Ideologisch war Zwangsarbeit ein wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Politik zur Dezimierung der slawischen Völker. Wirtschaftspolitisch war sie notwendig zur Aufrecht-



**Zentralamt  
für Ernährung u. Landwirtschaft  
in der britischen Zone**

Abt. II Ref. 3.6  
(Im Schriftwechsel stets anzugeben)

An die  
Landesfachgruppe Baumschulen  
Schleswig-Holstein  
im Zentralverband des Gartenbaues  
Pinneberg b. Hamburg  
Fahltskamp 13

(24) Hamburg 36, den 16. Sept. 1946

Poststraße 19  
Fernsprecher: 341931/36 (Poststr. 19)  
441041 (Shellhaus)  
Telegramm-Anschrift: Zentralnähr-Hamburg

Betrifft: Gemüsebau in den Baum-  
schulen.

Bezug:

Die praktischen Ergebnisse der Gemüsebaulichen Nutzung der Baumschulflächen waren vorauszusehen. Ihrer Ansicht, dass eine unbedingte Erhöhung der Baumschulflächen erforderlich ist, schließe ich mich an. Wie bereits Ihrem Fachgruppengeschäftsführer, Herrn Hektor, gegenüber zum Ausdruck gebracht, bin ich laufend bemüht, im Hauptquartier eine Heraufsetzung der Baumschulflächen zu erwirken. Die Aussichten stehen bis z.Zt. günstig. Es bestehen berechnete Hoffnungen, dass die Flächen auf 60 - 70% der Anbauflächen von 1939 erhöht werden. Aus taktischen Erwägungen heraus jedoch halte ich in dieser Angelegenheit ein übereiltes Vorgehen nicht für ratsam. M.E. scheint mir die forcierte Aufnahme dieser Verhandlungen gegen Ende des nächsten Monats für ratsam.

erhaltung der Kriegsproduktion an der deutschen „Heimatfront“ – also auch im Pinneberger Baumschulland.

### Das Ende des Zweiten Weltkriegs – Flüchtlinge als Baumschularbeiter

Das laut NS-Propaganda „Tausendjährige Reich“ endete nach zwölf Jahren Gewalt-herrschaft. Der Zweite Weltkrieg ließ nicht nur die Absatzmärkte einbrechen. Städte lagen in Trümmern, Menschen waren auf der Flucht, und die Ernten der letzten Kriegsjahre reichten nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren. Nach Weisung der britischen Militärregierung (Anordnung Nr. 4) mussten 80 Prozent der Baumschulflächen zur Gemüse-anzucht umgewandelt werden, um die extrem angespannte Ernährungslage zu verbessern. Verkaufsreife Baumschul-ware musste gerodet und verbrannt werden. Der wirtschaftliche Schaden war verheerend, selbst Mutterpflanzen-

quartiere sollten gerodet werden. Aus Zeitzeugenberichten aber ist bekannt, dass viele Baumschulen die Anweisung umgingen. Sie zogen Gemüse „zwischen den Reihen“ und erfüllten auf diese Weise ihre Lieferquoten.

Im Herbst 1946 wurde die Anordnung Nr. 4 ersatzlos gestrichen, da die Militär-regierung einsah, dass der Schaden für die Baumschulwirtschaft höher war als der Nutzen für die Ernährung der Be-völkerung.

Doch es ging nur langsam voran. Viele Kulturen waren zerstört und mussten ganz neu aufgebaut werden. Es erfordert Jahre, bis Gehölze zur Verkaufsreife ge-langen. Erst ab 1950 wirtschafteten die Baumschulbetriebe wieder normal. Die Absatzmärkte „im Osten“ waren zwar verloren, doch andere Märkte ersetzten sie. Die Arbeitswelt in den Baumschulen aber hatte sich entscheidend gewandelt. 1945 gab es keine Saisonarbeiter mehr,

## MAX BALZ, BAUMSCHULEN PINNEBERG IN HOLSTEIN

SPEZIALZUCHT: ROSEN, OBSTBÄUME UND BEERENSTRAUCHER, CANINA, FORST- UND HECKENPFLANZEN  
Bankkonto: Pinneberger Bank, Filiale der Schleswig-Holsteinischen Bank – Postcheckkonto: Hamburg 78068  
Fernruf: Amt Pinneberg 3416 – Drahtschlüssel: Balt. Pinneberg – Bahnstation: Pinneberg

Pinneberg in Holstein, den 17. November 1946.

Bund deutscher Baumschulen,  
Pinneberg.  
betr. Gemüseanbau 1946

An die Sammelstellen habe ich abgeliefert:

3 Ztr. Kopfsalat  
10 " rote Möhren  
Infolge Anbauvertrags mit der Fa. Richard Lampe Hamburg habe ich an diese noch abzuliefern den Ausbruch  
etwa 5-7 Ztr. reife Markerrüben  
sobald ich die angeforderten Säcke erhalten habe. -  
Des weiteren hatte ich für die gleiche Firma zweimal 100 Pfd. Bohnen zur Saatgewinnung ausgesät. Die erste Partie von 100 Pfd. musste nach Beichtigung durch Herrn C. Meass ungepflügt werden weil die Bohnen nicht keimten und die zweite Partie bestand aus den berüchtigten halbrankenden Bohnen, die ebenfalls unterge-pflügt werden mussten. -  
Die ausgesäten Möhren sind mir zu einem sehr grossen Teil vom Land gestohlen worden und die zur Ablieferung vorgesehenen aus einem verschlossenen Schuppen -mittels Ein-bruchs- entwendet worden. -

Mit Bundesgruss

Max Balz

Die Not der Nachkriegs-zeit verdeutlichen diese Dokumente zum Thema Gemüsebau in Baumschulen aus dem Bestand des Deutschen Baumchulmuseums.



die Zwangsarbeiter waren repatriert, die einheimischen Arbeitskräfte durch den Krieg stark dezimiert. Viele Männer waren gefallen oder befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft. Unter den „Heimkehrern“ waren etliche arbeitsunfähige Kriegsversehrte, und viele Arbeitskräfte zog es in Industrie und Gewerbe, wo die Arbeitsleistung besser bezahlt wurde. Doch nun waren auch die Flüchtlinge im Land.

### Neue Arbeitskräfte

Schleswig-Holstein hatte während und nach dem Zweiten Weltkrieg – bezogen auf die einheimische Bevölkerung – von allen Ländern die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Bei der ersten Volkszählung im Oktober 1946 lebten in Schleswig-Holstein (ohne „displaced persons“) 2,6 Millionen Menschen, rund eine Million mehr als vor 1939. Rechnet man die Kriegstoten ab, so kommt man auf ein Verhältnis von drei „Zugezogenen“ auf vier „Einheimische“. Die Auf-

Baumschulensiedlung in der Domäne Friedrichshulde, 1952



nahme der Flüchtlinge, sie selbst legten in der Regel Wert auf die Bezeichnung „Heimatvertriebene“, wurde unter der einheimischen Bevölkerung durchgängig als große Belastung empfunden. Man hatte selbst wenig und musste dieses Wenige nun auch noch teilen. Die Einweisung von ganzen Flüchtlingsfamilien in vorhandene Wohnungen war wohl die größte soziale und materielle Herausforderung. Begriffe wie „Rucksackdeutsche“ oder „Polacken“ waren gängiger Sprachgebrauch. Diese Abneigung nahm mit zunehmendem Wohlstand in den kommenden Jahren ab.

Für die Baumschulen waren die arbeitssuchenden Flüchtlinge ein Segen. Dort gab es Arbeitsplätze für gelernte und ungelernte Arbeitskräfte. Und – Ironie des Schicksals – sie kamen erneut aus Ostpreußen und Pommern wie seinerzeit die Saisonarbeiter 1904. Von zahlreichen Baumschulbetrieben, die aus den „Heimatvertriebenen“ ihre neuen Mitarbeiter rekrutieren konnten, ist belegt, dass Wohnraum und sogar Wohnungen angeboten wurden. Auch in den „Kasernen“ konnten Arbeitskräfte und deren Familien untergebracht werden. Die meisten „Heimatvertriebenen“ kamen aus der Landwirtschaft, waren harte Arbeit gewöhnt und arbeiteten sich rasch ein. Auch wurden Einheimische und Flüchtlinge gleich bezahlt und behandelt.

### Integration und Neubeginn

1951 kaufte die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft im Zuge der Bodenreform die Domäne Friedrichshulde auf, ein ehemaliges Gut in der Gemeinde Halstenbek. Dort entstanden für die Baumschularbeiterfamilien 165 Siedler-





Baumschulensiedlung in der Domäne Friedrichshulde, 1952

stellen mit Doppelhäusern. In der Hoffnung, die Integration zu erleichtern, wurden diese Siedlerstellen bewusst je zur Hälfte mit Einheimischen und Flüchtlingen belegt. Die Zuteilung erfolgte nach bestimmten Kriterien. Landarbeiter, Bauern und Gärtner, aber auch Kriegsverwehrte wurden bevorzugt. Die Siedlerstelle bestand aus einer Doppelhaushälfte und einem Gartengrundstück zwischen 800 und 2500 Quadratmetern. Neben ihrer Arbeit in den Halstenbeker Baumschulen hatten die Siedler nun in der „dritten Generation“ Anbauverträge mit ihren Arbeitgebern, aber auch mit anderen Baumschulen.

Mit diesem Nebenverdienst konnten sie ihre zinsgünstigen Hypotheken an die Wohnungsbaukreditanstalt tilgen. Die Siedlerstelle mit Doppelhaus kostete 18000 DM – 1951 war das ein Vermögen. Das Arbeitslosengeld für eine fünfköpfige Familie betrug damals 40 DM die Woche. Die Häuser hatten immer noch keine Bäder und keine Klos, dafür eine

Waschküche und eine Speisekammer. Und draußen gab es für jedes Grundstück einen Brunnen, auch zum Wässern der Baumschulkulturen.

Mit dem Beginn des sogenannten Wirtschaftswunders ab Mitte der 1950er-Jahre gab es einen erneuten Strukturwandel im Arbeitsleben der Baumschulen. Einerseits sorgte die Mechanisierung der Produktionsprozesse für einen geringeren Bedarf an menschlicher Arbeitskraft, andererseits gab es eine starke Abwanderung in Industrie und Gewerbe der Metropolregion Hamburg. Bessere Arbeitszeiten, leichtere Arbeit, höhere Entlohnung und Urlaubsanspruch waren verlockend.

Die fehlenden Arbeitskräfte wurden nun durch „Gastarbeiter“ aus Spanien, Italien und Griechenland ersetzt. Bis heute kann der Arbeitskräftebedarf in den saisonalen Spitzenzeiten der Baumschulbetriebe, der sogenannte „Versand“ im Frühjahr und Herbst, nur durch ausländische Saisonarbeitnehmer gedeckt werden. •